

Das Wochenmagazin der SPÖ [spoe.at](http://www.spoe.at)

SPÖ

Aktuell

Kommentar von Erich Foglar
zu Sozialabbau

30. Oktober 2009 - Nr. 36 - 0,73 Euro

Solidarität statt Sozialabbau



Die österreichische
Erfolgsformel
heißt: Gemeinsamkeit!

„Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler“, schrieb die Kärntner Dichterin Ingeborg Bachmann. Die Generationen vor uns, jene die unter den Schrecken zweier Weltkriege gelitten haben, wissen aber sehr wohl, wohin Verhetzung, Hass und Machtgier führen können. Bundeskanzler Werner Faymann betonte in seiner Rede zum diesjährigen Nationalfeiertag, wie wichtig es daher ist die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Und gerade jetzt in Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise ist das Thema Solidarität aktueller denn je. Sozialminister Rudolf Hundstorfer unterstreicht in einem Interview mit SPÖ Aktuell, wie wichtig Sozialleistungen für die sozial Schwächsten unserer Gesellschaft sind und stellt einmal mehr klar, dass es mit der SPÖ in der Regierung zu keinem Sozialabbau kommen wird. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise darf sich nicht zu einer Sozialkrise weiterentwickeln – das macht ÖGB-Präsident Erich Foglar in seinem Gastkommentar deutlich.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Nationalfeiertag	4
Interview mit Minister Rudolf Hundstorfer	6
Landesparteitag der SPÖ-Burgenland	8
Infrastruktur	9
Markt braucht mehr Kontrolle	10
Gastkommentar von Erich Foglar	14

Postler zur Polizei

Jetzt wird es ernst für 32 Beamte von Post und Telekom: In den vergangenen Wochen haben sie sich bei der Polizei umschulen lassen.

Künftig werden die neuen Polizei-Mitarbeiter in den Dienststellen, wo sie bereits das Praktikum absolviert haben,



Hbf

Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

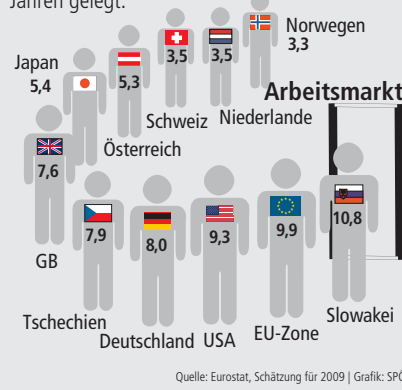
regulär arbeiten. Dienstrechtlich zugeordnet sind sie allerdings weiterhin der Post beziehungsweise der Telekom. Damit hat Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek einen wichtigen ersten Schritt zur Entlastung der PolizistInnen geleistet. Bundeskanzler Werner Faymann rechnet damit, dass bis Ende nächsten Jahres 1000 MitarbeiterInnen zur Exekutive wechseln. Sie sollen die PolizistInnen in der Verwaltung unterstützen.

THEMEN DER WOCHE

Arbeitslosigkeit

Angaben in %

Österreich zählt mit seiner niedrigen Quote zur Weltspitze. Die Basis dafür wurde in den 1970er Jahren gelegt.



Beschäftigung

Österreich verfügt nicht nur über die zweitniedrigste Arbeitslosenquote innerhalb der EU-27, sondern befindet sich auch weltweit unter den Ländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Sind Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren der richtige Weg um die Situation an den Universitäten zu verbessern?

Seit jeher fordern konservative Kräfte Zugangsbeschränkungen und die Wiedereinführung von Studiengebühren. Österreichweit protestieren Studierende gegen die Situation auf unseren Universitäten.

Diskutieren Sie auf **mitreden.spoe.at** mit, ob diese sozialen Schranken wirklich der richtige Weg sind, um die Situation der österreichischen Universitäten zu verbessern?



Schedi

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

SPÖ für eine Aktienbesteuerung

Noch in dieser Legislaturperiode soll über die Vermögenszuwachssteuer auf Aktien Gewinne entschieden werden. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder erklärte, dass die SPÖ zuerst noch abwarten will, ob der nächste G20-Gipfel, der im Juni 2010 in Kanada stattfinden wird, Ergebnisse bezüglich der Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer bringt. Wenn nicht, dann sollten „möglichst rasch“ Maßnahmen zur stärkeren Besteuerung von Finanzgeschäften in Österreich getroffen werden. Außerdem macht sich Österreich auf EU-Ebene schon seit langem für diese stark.

Zitat der Woche

„Es darf keine Neiddebatte losgetreten werden, in der sich Menschen gegenseitig ausspionieren, welche Sozialleistungen sie erhalten.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer zur ÖVP-Forderung nach einem Transferkonto.

SPÖ-Weninger: EU inhaltlich und institutionell stärken

Für ein rasches Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages sprach sich SPÖ-Nationalratsabgeordneter Hannes Weninger bei einem Arbeitsbesuch des Ständigen Unterausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union in Budapest aus. „Die Europäische Union muss inhaltlich und institutionell gestärkt werden, um auf die Sorgen der BürgerInnen effizient reagieren zu können und als 'global player' ernst genommen zu werden“, so der Nationalrat aus Niederösterreich. Beim Besuch im Budapester Parlament standen die Entwicklung der EU ebenso am Programm wie die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise.



Lehmann

SPÖ-Abgeordneter Hannes Weninger



Bildung als größtes Kapital!

Es ist Mittwochabend kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe. Ursprünglich wollte ich über das Transferkonto und das wichtige Thema der Hacklerregelung schreiben. Aber den gesamten Tag war ein Thema dominant – vom frühen Morgen bis jetzt, als ich noch mit Studenten bei einem Kamingespräch diskutiert habe – nämlich Bildung.

Zehntausende junge Menschen gehen auf die Straße um für ihre Rechte zu kämpfen. 40.000 Menschen mit Zivilcourage. Man kann in der einen oder anderen Forderung anderer Meinung sein, aber dass junge Menschen sich zusammenschließen, um für bessere Bedingungen im Bildungssystem zu demonstrieren, ist ein Zeichen von Zivilcourage und von Engagement. Die Studenten haben in einem Punkt ganz besonders Recht: Bildung ist das größte Kapital. Österreich hat keine Rohstoffressourcen – unser Kapital heißt Bildung. Daher müssen wir auf unserem Bildungssystem aufbauen.

Die Politik muss sich gerade bei dem wichtigen Thema Bildung die selbstkritische Frage stellen, was sich in den letzten 20 Jahren verändert hat. Die Probleme auf der Uni wie überfüllte Hörsäle, Aufnahmeprüfungen, etc sind es, die die Studierenden auf die Straße bringen. Und natürlich liegt es da vor allem am Budget. Mehr Geld bedeutet mehr Professoren, mehr Kurse, kleinere Gruppen, etc ...

Mehr Geld im Bildungsbereich ist leicht gefordert und natürlich kann ich das dreimal unterschreiben aber Chancengleichheit und einen modernen Bildungsgedanken bringt das noch nicht.

Die Wahrscheinlichkeit für Kinder aus Akademiker-Familien eine Universität zu besuchen ist 10-mal höher, als für Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss haben.

Die Abschaffung der Studiengebühren war wichtig, aber sie ist nicht Allheilmittel gegen Ungerechtigkeit. Noch immer fängt die Ungerechtigkeit in der Schule an, denn die Schule selektiert schon nach sozialem Hintergrund.

Vor allem muss sich auch die Einstellung ändern: Gerechtigkeit fängt früher an. Gerechtigkeit fängt damit an, dass es nicht davon abhängen darf, ob sich meine Eltern die Nachhilfe leisten können oder nicht. Ge-



Zehntausende Studierende gingen in ganz Österreich auf die Straße um für ihre Rechte zu kämpfen. Zehntausende Menschen mit Zivilcourage.

rechtigkeit fängt damit an, dass es nicht davon abhängig sein darf, ob meine Eltern den Anspruch haben, dass ich einmal die Uni besuche oder nicht. Gerechtigkeit fängt damit an, dass nicht bereits 10-Jährige nach „bürgerlichen“ Leistungskriterien selektiert werden. Das heißt, fangen wir die Gerechtigkeitsdiskussion früher an, bei Ganztagschulen, bei Gesamtschulen und vor allem bei einer neuen Einstellung zur Bildung. Die Einstellung, dass ich jedes Kind, das auf die Welt kommt, zuerst für klug, begabt und wissenshungrig halte. Die Entwicklung wird von uns beeinflusst. Unser Ziel muss es sein, möglichst vielen Kindern möglichst viel Bildung zukommen zu lassen und sie daher möglichst lange in den Bildungsinstitutionen zu halten.

Daher muss ich in der Schule auf den Stärken der Schüler aufbauen und sie fördern, statt mich auf die Schwächen zu konzentrieren. Und gleichzeitig auf der Uni überlegen, wie ich noch mehr Menschen zum Studieren, zum Aneignen von Wissen bringen und nicht wie ich Menschen davon

fernhalten kann. Daher muss gerechtfertigter Protest zu konstruktivem Gestalten umgewandelt werden:

1. Wir müssen uns für ein gerechtes Bildungssystem vom Kindergarten über die Hochschule bis zum Weiterbildungskurs für Pensionisten stark machen.
2. Wir müssen ein zukunftsorientiertes Bildungsangebot haben, dass uns täglich fit macht für die Herausforderungen in einer globalisierten Welt.
3. Und wir brauchen ein Bildungssystem, das den naturgegebenen Wissenshunger fördert. Das uns lehrt zu lernen und mit der Flut an Informationen umzugehen, uns beibringt, dass das wichtigste und spannendste ist, sich täglich weiterzubilden. Dass Bildung nichts statisches ist, sondern etwas, das die Gesellschaft voran bringt.

Die Studenten haben eines jetzt schon erreicht. Das Land redet über das wichtigste Thema, nämlich Bildung. Dazu herzliche Gratulation und Respekt! ♦

NATIONALFEIERTAG

Sicherheit dur

Anlässlich des Nationalfeiertags betonte Bundeskanzler Werner Faymann, dass Österreich darauf stolz sein kann, dass wir im Jahr 2009 als demokratisches, kulturelles und soziales Vorbild in der Welt gelten. Dem Schüren von Neid, Hass und Missgunst erteilt die Sozialdemokratie einmal mehr eine klare Absage.



Bundeskanzler Werner Faymann: „Die Sozialdemokratie setzt sich für Steuergerechtigkeit ein. Wer den konsequenten Abbau von Sozialleistungen vorantreibt, hat mit unserer entschiedenen Gegnerschaft zu rechnen.“

Jene Generationen von Österreicherinnen und Österreichern, die unter Krieg und Unrecht litten, wissen: Statt dem Trennenden müssen wir das Gemeinsame suchen,“ erinnerte Bundeskanzler Werner Faymann daran, dass das solidarische Handeln der Generationen vor uns dazu beigetragen hat, dass Österreich heute zu den zehn wohlhabendsten Nationen der Welt gehört. „Es hat unserem Land gut getan, dass überall dort, wo ein gemeinsamer Weg möglich war, dieser auch

„Frieden gibt es nicht ohne Demokratie und Demokratie gibt es nicht ohne Gerechtigkeit.“

**Bundeskanzler
Werner Faymann**

gegangen wurde“, unterstrich Faymann die Wichtigkeit von Solidarität und Zusammenhalt.

Auch in der Krise den Trumpf des Gemeinsamen nutzen

„Österreich hat selbst in der Krise den Trumpf des Gemeinsamen nutzen können. Europaweit haben wir die zweitniedrigste Arbeitslosenrate und den geringsten Zuwachs bei Arbeitslosen. Unser Sozialsystem bewundern genauso viele wie die verlässliche medizinische oder pflegerische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger“, so der Bundeskanzler. SPÖ-Bundes-

ch Solidarität!

„Die österreichische Erfolgsformel heißt: Gemeinsamkeit.“

Bundeskanzler Werner Faymann

geschäftsführerin Laura Rudas schlägt in die selbe Kerbe: „Alles, worauf wir in Österreich stolz sind, von unserem hervorragenden Gesundheitssystem bis zum solidari-schen, sicheren Pensionssystem, haben wir jenen zu verdanken, die immer das Gemeinsame und nicht das Trennende ins Zentrum gestellt haben.“

Kein Sozialabbau mit der SPÖ

„Wenn es um eine Neiddebatte oder das Streichen von Sozialleistungen geht, wird man mit unserer erbitterten Gegnerschaft rechnen müssen“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann die Wichtigkeit des Zusammenhalts auch in schwierigen Zeiten. Sozialminister Rudolf Hundstorfer wies auf die Notwendigkeit von Sozialleistungen für die Schwächsten unserer Gesellschaft hin: „Die Sozialdemokratie ist für eine Verstärkung der Sozialleistungen, nicht für einen Abbau. Wir wollen in Zukunft, zum Beispiel durch die Einführung der Mindestsicherung, mehr zur Absicherung der Menschen beitragen.“ Für SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits sind Sozialleistungen „eine Chance für viele Menschen und ein wichtiger Wachstumsmotor“.

Mit der SPÖ wird es kein Transferkonto geben

„Wenn der Finanzminister ein Konto einrichten will, gehe ich davon aus, dass er davon etwas abheben will“, erteilt Sozialminister Rudolf Hundstorfer der ÖVP-Forderung nach einem Transferkonto eine Absage. Es ist zu befürchten, dass das von Finanzminister Pröll geforderte Transferkonto Einsparungen bei den Sozialleistungen einläuten soll und die wird es mit der SPÖ sicher nicht geben. „Ein Transferkonto einzurichten, heißt, ein Neidkonto einzurichten. Doch wir setzen uns gegen eine Neid-

debatte und gegen jede Art von Sozialabbau zur Wehr“, so Bundeskanzler Faymann. Für SPÖ-Klubobmann Josef Cap führt ein Transferkonto nur zu Verwirrungen, Unge-rechtigkeiten und nichts außer Verwaltungskosten: „Es wäre gescheiter gewesen, Pröll hätte ehrlich gesagt, dass er Sozialabbau für die Unter- und Mittelschicht im Sinn hat, um das nächste Doppelbudget zu erstellen.“

Die österreichische Erfolgsformel heißt: Gemeinsamkeit!

Bundeskanzler Faymann hebt den Wert der Gemeinsamkeit hervor und erteilt Hetzern einmal mehr eine klare Absage: „Wer hätte vor zwei Generationen gedacht oder geahnt, dass dieses Land 2009 als demokratisches, kulturelles und soziales Vorbild in der Welt gelten könnte? Wir alle können heute ein wenig stolz darauf sein. Bewahren wir uns diese Errungenschaften und diese Erfolge! Lassen wir nicht zu, dass Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegeneinander ausgespielt werden. Lassen wir nicht zu, dass die Sorgen der Älteren gegen die Interessen der Jüngeren ausgelegt werden, die Anliegen der Studierenden gegen die Sorgen der Bauern oder die der Lehrlinge aufgerechnet werden. Lassen wir auch nicht zu, dass die Menschen mit einer österreichischen Großmutter gegen die ohne österreichische Großmutter gegeneinander aufgezogen werden! Verzichteten wir auf Diffamierungen, Hetze und falsche Versprechungen! Handeln wir alle – an der Spitze dieser Republik, wir als Bundesregierung, die konstruktiven Kräfte dieses Landes, als Beispiel für alle – als gute Schüler der Geschichte. Zeigen wir, dass wir gelernt haben. Die österreichische Erfolgsformel heißt: Gemeinsamkeit.“ ♦



BMASK

Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Die Sozialdemokratie ist für eine Stärkung der Sozialleistungen, nicht für einen Abbau.“



SPÖ

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas: „Wir werden das Ausspielen von Alt gegen Jung genauso wenig zulassen, wie das Ausspielen der Mittelschicht oder der sozial Schwachen gegeneinander.“



Spöla

SPÖ-Klubchef Josef Cap: „Vergessen wir das Transferkonto. Denn das ist kein Beitrag für mehr Gerechtigkeit, kein Beitrag für Verteilungsgerechtigkeit, kein Beitrag im Kampf gegen Missbrauch und auch kein Beitrag, wenn jemandem Leistungsgerechtigkeit ein Anliegen ist.“



Spöla

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits: „Umverteilungen von den Schwächeren dieser Gesellschaft hin zu den Wohlhabenden kommen für die Sozialdemokratie nicht in Frage.“

INTERVIEW

Kein Sozialabbau mit der SPÖ

Sozialminister Rudolf Hundstorfer sprach mit SPÖ Aktuell über die Wichtigkeit von Sozialleistungen, die bedarfsorientierte Mindestsicherung und warum die SPÖ den ÖVP-Forderungen nach einem Transferkonto, dem vorzeitigen Auslaufen der Hacklerregelung und der Wiedereinführung der Studiengebühren eine klare Absage erteilt.



Mit der SPÖ in der Regierung wird es zu keinem Abbau von Sozialleistungen kommen.

SPÖ Aktuell: Der Forderung der ÖVP nach einem Transferkonto wurde von Seiten der Sozialdemokratie eine klare Absage erteilt. Wo genau liegen die Gefahren eines solchen Kontos?

Rudolf Hundstorfer: Jede Österreicherin und jeder Österreicher die/der Sozialleistungen erhält, weiß wie hoch diese sind und jeder Sozialminister weiß genau, was der Staat für Sozialleistungen ausgibt.

„Ein vorzeitiger Abbruch der Hacklerregelung wäre ein Vertrauensbruch gegenüber den Versicherten“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Das Argument der ÖVP, dass durch ein Transferkonto mehr Transparenz geschaffen werden könnte, entbehrt somit jeder Grundlage. Die Einrichtung eines Transferkontos wäre die Einrichtung eines Neidkontos und wir als Sozialdemokraten setzen uns gegen das Schüren von Neid und Missgunst zur Wehr. Außerdem ist zu befürchten, dass hinter der Einrichtung eines Transferkontos der Versuch steckt, bei den Sozialleistungen einzusparen. Die

Sozialdemokratie ist aber für eine Stärkung der Sozialleistungen, nicht für den Abbau. Wir wollen in Zukunft zum Beispiel mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung mehr zur Absicherung armutsgefährdeter Menschen beitragen.

Stichwort Bedarfsorientierte Mindestsicherung – Was verändert sich dadurch für die Bezieherinnen und Bezieher der jetzigen Sozialhilfe?

Hundstorfer: Derzeit leben 16.500 Menschen in Österreich nur von Sozialhilfe, 150.000 Menschen nehmen Sozialleistungen nur temporär in Anspruch. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird mit 1. September 2010 in Kraft treten und schafft ein bundesweit einheitliches Mindestniveau zur Armutssicherung. Davon werden fast 300.000 Menschen in Österreich profitieren. Hätten wir der ÖVP-Forderung nach einer Reduktion von 14 auf 12 Auszahlungsmonate nicht zugestimmt, so wäre das Inkrafttreten dieser wichtigen, sozialpolitischen Maßnahme auf unbestimmte Zeit verzögert worden. Ich stehe zu diesem Beschluss, allerdings können

und sollen Länder, die bereits ein 13. bzw. 14. mal auszahlen, dies auch beibehalten. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist alles andere als eine „Soziale Hängematte“, wie von der ÖVP gern fälschlicherweise behauptet wird. Für Sozialhilfebezieherinnen und -Bezieher gelten mit Einführung der Mindestsicherung die gleichen strengen Kriterien wie für Bezieherinnen und Bezieher des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe. Sozialhilfeempfängerinnen und -Empfänger werden dann erstmals vom AMS betreut, damit lange vom Arbeitsmarkt abwesende Menschen den Sprung zurück in die Erwerbstätigkeit schaffen können. Denn Erwerbstätigkeit ist und bleibt immer noch der beste Schutz gegen Armut.

Mit der Sozialdemokratie wird es also zu keiner Kürzung von Sozialleistungen kommen?

Hundstorfer: Nein, definitiv nicht. Solange die SPÖ in der Regierung ist, wird es zu keinem Abbau von Sozialleistungen kommen. Die Sozialdemokratie steht zu ihrem Wort, daher erteilen wir der ÖVP auch eine klare Absage, wenn es um die Wiedereinführung der Studiengebühren oder einem vorzeitigen Abbruch der Hacklerregelung geht!

Die Langzeitversichertenregelung wird also bis 2013 Bestand haben?

Hundstorfer: Wir, Bundeskanzler Werner Faymann und das SPÖ-Regierungsteam stehen zu unserem Wort. Die Menschen müssen wissen, dass die Versprechen der Regierung halten und der einstimmige Nationalratsbeschluss vom September 2008 bis 2013 gilt. Ein vorzeitiger Abbruch der Hacklerregelung wäre ein Vertrauensbruch gegenüber den Versicherten und würde die Situation am Arbeitsmarkt für Jüngere verschärfen. Ich werde noch in diesem Jahr einen Vorschlag präsentieren, wie es mit der Hacklerregelung nach 2013 konkret weitergehen wird. Wie im Regierungsprogramm vorgesehen, wird sie danach etappenweise auslaufen. ♦

NATIONALFEIERTAG

Besucheransturm auf das Hohe Haus

Rund 10.000 Menschen nutzten den Tag der offenen Tür, um am Nationalfeiertag das Parlament zu besuchen.



Fotos: Ranz

Für Prammer ist die Öffnung des Parlaments für BesucherInnen „zunehmend Bestandteil des Nationalfeiertags“.

Am Nationalfeiertag besuchten rund 10.000 Menschen das Parlament.

Absolut zufrieden“ war Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit dem Besucherandrang am Tag der offenen Tür. Das Interesse der Bevölkerung war groß, viele nutzten den Tag der offenen Tür am 26. Oktober für einen Familienausflug. Etwa eine halbe Stunde Wartezeit mussten die BesucherInnen in Kauf nehmen, um durch die Sicherheitskontrol-

len ins Parlament zu gelangen. Dort wurde die Möglichkeit geboten, den Nationalratssitzungssaal, den Bundesratssitzungssaal sowie den historischen Sitzungssaal zu besichtigen. Exklusiv am Nationalfeiertag konnte man außerdem einen Blick in den Budgetsaal und den Empfangssalon mit den Porträts der vergangenen Nationalratspräsidenten werfen. Auch die Säulenhalle und das Palais Epstein waren zugänglich. Am Tag der offenen Tür hatten die BesucherInnen

außerdem die Möglichkeit persönlich mit den Nationalratsabgeordneten zu sprechen und somit das österreichische Parlament und seine PolitikerInnen „hautnah“ zu erleben.

Parlament sechs Tage in der Woche geöffnet

In Zukunft will Barbara Prammer noch stärker für das Parlament werben, da viele nicht wissen, dass das Parlament sechs Tage in der Woche für BesucherInnen geöffnet ist. ♦

EUROPA

Diskussion um EU-Kommissar beendet

Der beharrliche Einsatz von Bundeskanzler Werner Faymann hat eine vernünftige Lösung ermöglicht: Nicht Ex-Finanzminister Molterer, sondern Wissenschaftsminister Hahn wird EU-Kommissar.

Faymann erklärte die Gründe für die Einigung: der Vorschlag kam vereinbarungsgemäß vom Koalitionspartner und entspreche den Anforderungen. Die Entscheidung ist zum richtigen Zeitpunkt erfolgt, denn 40 Prozent der EU-Staaten haben noch keine Entscheidung über ihren Kommissar getroffen. Gegen die Nominierung Molterers sei er aufgetreten, denn er „hat mit seinem ‚Es reicht‘ eine Regierung gesprengt, einen Wahlkampf heraufbeschworen und damit einen Vertrauensbruch begangen. Ich muss dem Kommissar vertrauen können.“ Für die SPÖ ist klar: Molterer hat zum einen beim Buwog-Skandal als ÖVP-Klubobmann eine undurchsichtige Rolle gespielt, zum anderen sind die

Spekulationen der Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) nicht nur von Karl-Heinz Grasser, sondern auch von Molterer zu verantworten. Bundeskanzler Faymann hat somit die Diskussion um die Besetzung des EU-Kommissars nun beendet. Es gilt, sich auf europäischer Ebene wieder auf jene Themen zu konzentrieren, auf die es wirklich ankommt: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut in Europa. Jetzt muss sich die Bundesregierung gemeinsam für ein Ressort stark machen, in dem die Zukunft Europas aktiv mitgestaltet und mit Maria Berger, als Richter im Europäischen Gerichtshof, und EU-Kommissar Hahn die Interessen Österreichs in der EU optimal vertreten werden können. ♦



Zinner

LANDESPARTEITAG

Zukunftsweisende Ziele für das Burgenland

Auf dem Landesparteitag der SPÖ Burgenland, der unter dem Motto „Wir Burgenländer schreiben Zukunft!“ stand, wurde LH Hans Niessl mit 97,3 Prozent der Delegiertenstimmen als SPÖ-Landesparteivorsitzender wiedergewählt.



Gute Stimmung im Kulturzentrum Eisenstadt

LH Hans Niessl: „Wir möchten noch mehr Jugendliche für Politik begeistern. Sie sollen in Zukunft noch stärker mitmischen.“



Bundeskanzler Werner Faymann: „Wer ein gerechtes Land will, wählt Sozialdemokratie.“



Die SPÖ punktet bei der Jugend: Tamara Hölzl (Schülerin), Lisa Sinowatz (SJ-Vorsitzende), LH Hans Niessl und Marco Schimanovich (SJ Hornstein).

Über 300 Delegierte und insgesamt rund 800 Personen nahmen am Landesparteitag der SPÖ-Bgld. teil. Im Mittelpunkt standen die großen Zukunftsthemen des Burgenlandes. Priorität haben moderne Jobs für die Bevölkerung. „Es geht uns nicht nur um zusätzliche Arbeitsplätze, sondern es geht uns auch um zusätzliche Qualität: Wir wollen dafür sorgen, dass die Burgenländer moderne Arbeitsplätze haben, von denen sie gut leben können“, bekräftigte Niessl. Zusätzlich soll das Burgenland bei Kaufkraft und Einkommen die Österreichspitze erreichen. Auch bei „Green Jobs“ strebt die SPÖ eine Vorreiterrolle an, indem sich das Burgenland als energieautarke Region positioniert und Forschung und Entwicklung ausbaut.

Mit dem Zukunftsforum hat die SPÖ einen offenen Dialog über die Weiterentwicklung des Burgenlandes gestartet – quer durch alle Berufsgruppen, Generationen und über die Parteigrenzen hinweg ha-

ben bereits über 7.000 Menschen Ideen zu verschiedensten Politikbereichen eingebracht. Einen besonderen Schwerpunkt legt die SPÖ auf die Jugend. „Wir wollen mit Abstand die Nummer 1 bei den jungen Burgenländern sein“, so Niessl. Dazu mache die SPÖ den Jugendlichen ein faires Angebot, verwies der Landeshauptmann auf das 9 Millionen Euro-Paket für Jugendbeschäftigung, von dem 1.000 junge Burgenländerinnen profitieren.

Faymann: Soziale Gerechtigkeit

SPÖ-Bundesvorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann stellte in seinem Referat soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt: „Wir müssen den Menschen Sicherheit und Arbeit geben. Auch die Chance auf Bildung und eine gesicherte Gesundheitsversorgung darf nicht eine Frage des Geldes werden, denn gute Bildung ist der beste Jobmotor für ein Land.“

Voll des Lobes war der Bundeskanzler auch für die Arbeit der SPÖ im Burgenland: „Das Burgenland, das von Landeshauptmann Niessl hervorragend geführt wird, ist für mich ein Paradebeispiel, wie ein Land nach sozialdemokratischen Grundsätzen gerecht und zum Wohle der Menschen geführt werden kann.“

INFRASTRUKTUR

Österreich bei Schienenausbau Europaspitze

Bei den Investitionen im Infrastrukturbereich nimmt Österreich einen Spitzenplatz ein. Für Infrastrukturministerin Doris Bures ein Grund zur Freude.



Rigaud



ÖBB

Infrastrukturministerin Doris Bures sieht sich in ihren Maßnahmen gegen die Krise bestätigt.

Infrastrukturministerin Doris Bures zeigte sich über die Ergebnisse einer jüngst veröffentlichten Studie der Beratungsfirma SCI Verkehr und der deutschen „Allianz pro Schiene“ erfreut. Mit 205 Euro pro Kopf rangiert Österreich bei Investitionen der öffentlichen Hand in die Schienen-Infrastruktur gleich nach der Schweiz (285 Euro). Im Verhältnis zur Straße liegt Österreich bei den Investitionen in die Schiene (144 Prozent) sogar deut-

lich vor der Schweiz (115 Prozent) und noch klarer vor Deutschland (77 Prozent). „Die Untersuchung zeigt, dass wir die richtigen Prioritäten setzen“, sagt Bures.

Und in Richtung ÖVP: Es ist unredlich, dass jene Politiker, die bei Spatenstichen in der ersten Reihe stehen wollen, aus vollen Rohren gegen die ÖBB feuern, wenn es um die Finanzierung geht. „Man kann nicht Modernisierung, Beschäftigungseffekte und Verkehrsnutzen bejubeln

und zugleich skandalisieren, dass die ÖBB diese Arbeiten durch Schulden finanzieren muss.“ Auch Berechnungen des Instituts für Höhere Studien (IHS) bestätigen den Kurs der SPÖ-geführten Bundesregierung: Jeder Euro an Investition in die Infrastruktur bringt zwei Euro Wertschöpfung. Darüber hinaus werden mit Investitionen in die Infrastruktur in der Höhe von einer Milliarde Euro 17.000 Arbeitsplätze geschaffen. ♦

PARLAMENT

SPÖ-Petition für Zivildienster

Zivildienster dürfen nach ihrem Präsenzdienst 15 Jahre nicht Polizist werden. Das hat SPÖ-Abgeordneten Johann Maier auf den Plan gerufen, eine entsprechende Petition im Parlament einzubringen.

Anlass für die Diskussion ist der Fall des jungen Salzburgers David E. (22), der Zivildienst geleistet hat und die Berufslaufbahn eines Polizisten einschlagen wollte – derzeit aber nicht darf. „Als Polizist ist man körperlich und geistig gefordert. Der Aufgabenbereich ist sehr abwechslungsreich und man hat mit vielen Menschen zu tun“, schwärmt der junge Student der Kommunikationswissenschaften über seinen Berufswunsch. In den Bestimmungen des Zivildienstgesetzes von 1986 ist Zivildienstern das Führen von

Schusswaffen für die Dauer von 15 Jahren untersagt. SPÖ-Nationalratsabgeordneter und –Konsumentenschutzsprecher Johann Maier aus Salzburg kritisiert: „Das kommt einem Berufsverbot gleich.“ Daher hat dieser im Parlament eine Petition an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer überreicht. Schließlich akzeptiert die Polizei nur Bewerbungen von StaatsbürgerInnen unter 30 Jahren. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Polizei ohnehin personell unterbesetzt ist, wiegt diese Regelung besonders schwer. ♦



Der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Johann Maier setzt sich für eine Aufwertung des Zivildienstes ein.

RENNER-INSTITUT

„Warum der Markt mehr Kontrolle braucht“

Bei der Diskussion „Warum der Markt mehr Kontrolle braucht“ forderten SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter und EU-Abgeordnete Evelyn Regner ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik.



Vor vielen interessierten ZuhörerInnen diskutierten ExpertInnen, darunter Christoph Matznetter und Evelyn Regner über den Finanzmarkt, Wirtschaft, Banken und den Neoliberalismus

Fotos: Spiola

grund geblickt haben. Wir haben die Kernschmelze des Kreditapparates verhindert und die Binnennachfrage gestärkt. Wir ernten bereits erste Erfolge dieses Handelns, denn wir haben die zweitniedrigste Arbeitslosenquote der EU.“

Evelyn Regner, erinnerte daran, dass schon 2004 erhobene Warnungen bezüglich der Gefahren von Hypothekenkrediten nicht ernst genommen wurden. Wie eine neue Finanzmarktarchitektur erreicht werden könne, skizzierte sie auch: „Durch Druck auf der Straße, durch Lobbyarbeit.“ Sie forderte: „Transparenz bei der Zu-



„Zockerei stört die Marktwirtschaft, sie führt zu Desinvestitionen in Realwirtschaft zu Gunsten spekulativer Märkte.“

Christoph Matznetter



„Das System der europäischen Demokratie funktioniert nicht, wie es sollte.“

Evelyn Regner

Der Direktor des Renner-Instituts Karl Duffek warnte davor, zu glauben, dass die demokratische Linke automatisch vom Scheitern des ungezügelter Marktes profitieren würde, das sei an der aktuellen Entwicklung ersichtlich. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Ralf Ptak schlüsselte in seinen Ausführungen die Entwicklung des Neoli-

beralismus von Hayek auf. Er erinnerte daran, dass der erste Testlauf dieser Wirtschaftsordnung in einer Diktatur, nämlich Chile, passiert sei. Von anderen Wirtschaftstheorien unterscheide sich der Neoliberalismus durch seinen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch und seinem Sendebewusstsein. Der Neoliberalismus sei ein Elitenkonzept und demnach antidemokratisch. Matznetter verwies auf die Notwendigkeit eines wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels, denn „Zockerei stört die Marktwirtschaft, sie führt zu Desinvestitionen in Realwirtschaft zu Gunsten spekulativer Märkte.“ Er stellte auch die Forderung nach einem „Spielverbot für die Croupiers der Banken“ auf, sodass Banken an spekulativen Märkten nicht mehr aktiv beteiligt sein können. Weiters riet er, eine progressive Finanztransaktionssteuer einzuführen und auf Getreidebörsen nur noch echte Warentermingeschäfte zu erlauben. Auch verlangte er eine Einschränkung der Hebelfinanzierung gegen die Explosion des Geldvolumens.

Die Maßnahmen der Regierung lobte er, als „rasches Handeln, als wir in den Ab-

sammensetzung der Gremien, die die neue Finanzmarktarchitektur aufbauen sollen, Transparenz bei der Ausgestaltung dessen, was reguliert werden soll. Und mehr Information, Konsultation und Mitbestimmung der Belegschaften.“ Kritik für seinen Zynismus erntete auch EU-Kommissionspräsident Barroso: „Er spricht von einem Systembruch und handelt nicht danach“ und betreibe „business as usual“ leugne dies aber, so die Analyse der EP-Abgeordneten. Sie stellte deshalb klar: „Das System der europäischen Demokratie funktioniert nicht, wie es sollte.“ ♦

Wirtschaftskrise

Einstürzende Finanzwelten

Die Krise steht nicht erst heute im Zentrum – sie war auch in der Literatur des 20. Jahrhunderts Dauerthema.

Jahrelang wurde dazu geraten, dass wir „unser Geld arbeiten lassen sollen“ – und jetzt ist es weg. Zwar hat es vor dem Zusammenbruch warnende Stimmen gegeben, aber in neoliberaler Selbstüberschätzung wurden sie bestenfalls ignoriert. Viel Geld wird jetzt bewegt, private Bankinstitute aus der selbstverschuldeten Krise zu retten. In solchen Zeiten kann es nicht schaden, auch andere Zeiten mit ihren Krisen ins Blickfeld zu bringen. Die Literaturwissenschaftlerin Evelyne Polt-Heinzl hat mit

gewohnter Akribie die Literaturgeschichte des 20. Jahrhunderts, von Joseph Roth bis Peter Handke und viele heute eher vergessene Literaten wie Otto Soyka, durchforstet. Man kann einiges aus den 1920er Jahren lernen, wo mit Kriegsschiebern, Inflationsgewinnlern und hunderttausenden Arbeitslosen die wirtschaftliche und sozialpolitische Deregulierung gewissermaßen Dauerthema war. Ein nicht nur kluges und lehrreiches, sondern eminent politisches Buch, in dem mit Kritik nicht gespart wird. ♦

Biografie

African Angel

Eine Frau realisiert unter den denkbar schlechtesten Voraussetzungen ein Hilfsprojekt für Kinder in Ghana.

Harriet Bruce-Annan kommt 1991 mit ihrem Mann von Ghana nach Deutschland. Sie hofft auf ein noch besseres Leben und Wohlstand, doch bald muss sie vor seinen Gewalttätigkeiten flüchten. Die Computerfachfrau schlägt sich ohne Sprachkenntnisse durch den Behördendschungel und hält sich mit einem Job als Toilettenfrau über Wasser. Viele würden in dieser Situation aufgeben. Harriet aber hat einen Traum: Sie will den ärmsten Kindern in ihrer Heimat helfen, die ohne Versorgung und

Schulbildung einer hoffnungslosen Zukunft entgegenblicken. Ihr Plan: Ihren Verdienst von 1.000 Euro braucht sie zum Leben, aber ihr Trinkgeld von 50 Cent pro Kunden beginnt sie zu sparen. Wenige Jahre später gründet sie den Verein African Angel e.V., der heute bereits 56 Kindern ein neues Zuhause, Bildung und Zukunftsperspektiven geschaffen hat. In ihrem Buch erzählt sie von ihrer Kindheit und der Erfüllung ihres Traums. Eine beeindruckende Geschichte über wahre Größe. ♦

Sachbuch

Schlimmer als Krieg

Dieses Buch ist eine kluge und zugleich erschütternde Darstellung von Ursprung und Entwicklung des Völkermords.

Der Politologe und Bestseller-Autor Daniel Goldhagen geht der Frage nach, wie Völkermord entsteht, was ihn von anderen gewaltsamen Auseinandersetzungen unterscheidet und wie man ihn verhindern kann. Immer wieder steht die Weltöffentlichkeit fassungslos vor brutalen Gewaltausbrüchen, die auf der ganzen Welt verübt werden. Meist richten Politik und Medien ihre Aufmerksamkeit jedoch erst auf diese Konflikte, wenn das Blutvergießen bereits in vollem Gange ist. Genau hier

setzt der Autor mit seinem neuen Buch an. Er nimmt gezielt Ursprung, Verlauf und Folgen derartiger Konflikte in den Blick: Was bringt Menschen dazu, ihre Nachbarn zu töten? Goldhagen gibt dem Leser völlig neue Einblicke in die Anatomie des Völkermords. Basierend auf einem neuen Verständnis für die Ursprünge und Entwicklungsstufen von Genoziden zeigt Goldhagen Möglichkeiten auf, wie sich derartige Konflikte frühzeitig erkennen und verhindern lassen. ♦

☐ Stk.


Evelyne Polt-Heinzl:
Einstürzende Finanzwelten.
Sonderzahl Verlagsgesellschaft,
Wien 2009;
238 S., 18,00 €

☐ Stk.


Harriet Bruce-Annan:
African Angel. Mit 50 Cent die Welt verändern.
Lübbe Verlag,
Bergisch Gladbach 2009;
236 S., 20,60 €

☐ Stk.


Daniel Jonah Goldhagen:
Schlimmer als Krieg.
Siedler Verlag,
München 2009;
685 S., 30,80 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SALZBURG

Arbeitsmarkt-Budget deutlich ausgebaut



Das neue Budget zeigt klar, dass der Kampf um die Arbeitsplätze in Salzburg auch weiterhin oberste Priorität hat.

Trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeiten, werden die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik im Bundesland Salzburg noch einmal kräftig aufgestockt. „Das Budget 2010 sieht für den Bereich Arbeitsmarkt im Vergleich zum Landesvoranschlag 2008 eine Steigerung von 55 Prozent vor“, betonte Arbeitsmarktreferentin, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, die weiter erklärte: „Damit wird eine Ausweitung von konkreten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen möglich, die für viele arbeitslose Menschen mehr Chancen am Arbeitsmarkt eröffnen.“ Mehr als 7,5 Millionen Euro stehen pro Jahr zur Verfügung.

Arbeitsstiftungen für weitere zwei Jahre gesichert

ArbeitnehmerInnen, die durch Betriebs-schließungen oder Insolvenzen, in die Arbeitslosigkeit abgerutscht sind, erhalten durch eine umfassende Berufsorientierung sowie eine anschließende Ausbildung eine zweite Chance am Arbeitsmarkt. Diese „Outplacement-Stiftungen“ werden, vom Land Salzburg, dem AMS und dem jeweiligen Betrieb finanziert. In Summe stehen für 2010 und 2011 jeweils rund 360 Ausbildungs- und Qualifizierungsplätze für den Fall von Betriebs-schließungen bereit sowie weitere 180 Plätze im Fall von Insolvenzen.“ Die positiven Erfolgsberichte von Menschen, die durch die Teilnahme an Stiftungen neue Zukunftshoffnungen schöpfen können, zeigen mir, dass jeder Euro hier gut investiert ist“, ist sich die Landeshaupt-



Lehmann

Arbeitsmarktreferentin, Landeshauptfrau und SPÖ-Landespartei-vorsitzende Gabi Burgstaller

frau und SPÖ-Landespartei-vorsitzende sicher. ♦

NIEDERÖSTERREICH

„Move-on – Start up Preis“ für JungunternehmerInnen



Das Engagement und das persönliche Risiko junger UnternehmerInnen soll mit diesem Preis honoriert und ihre Geschäftsidee bekannt gemacht werden.

Niederösterreich ist ein Land der GründerInnen, denn rund 6.000 Menschen machen sich jedes Jahr selbstständig. „Die kleinen Unternehmen sind der Wirtschaftsmotor in Niederösterreich – wir wollen für sie Verantwortung übernehmen und sie unterstützen“, erklärt der Vorsitzende der SPÖ-Niederösterreich, Landeshauptmann-Stv. Sepp Leitner, die Beweggründe für die Initiative zum niederösterreichweiten „Move on Start-up Preis“ für JungunternehmerInnen. Der Preis wird vom Verein „Pro NÖ“ und dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband NÖ bereits zum zweiten Mal verliehen. ♦



Landeshauptmann-stellvertreter Sepp Leitner und der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Günter Ernst: „Wir zeichnen die kleinen Unternehmen aus!“

STEIERMARK

Handeln statt reden ist das Um und Auf der Verkehrspolitik



In der Weststeiermark befindet sich derzeit eine der größten Baustellen Europas. Die Koralmbahn wird gebaut und auch beim Semmeringertunnel geht etwas weiter.

„In der Weststeiermark wird gearbeitet, da passiert was“, erklärte SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl in einem Pressegespräch am Mittwoch in Graz und betonte weiters: „Die Finanzierung dieses Jahrhundertprojektes steht völlig außer Streit.“ Der steirische EU-Abgeordnete Jörg Leichtfried unterstrich die „europäische Dimension“ der steirischen Bemühungen. „In Brüssel sieht man es gerne, dass bei uns etwas passiert – und ganz wichtig ist, dass alle Parteien und alle Regionen an einem Strang ziehen“, so der EU-Abgeordnete. ♦



SPÖ

Klubobmann der SPÖ Steiermark Walter Kröpfl

EU-Abgeordneter Jörg Leichtfried



SPÖ Steiermark

VSSTÖ/SJ/AKS

Gemeinsam für freie Bildung!



Zwischen 30.000 und 40.000 Studierende der Wiener Universitäten fanden sich vergangenen Mittwoch entlang der Ringstraße zusammen, um bessere Studienbedingungen zu fordern.

Auch die Sozialistische Jugend (SJ), die Aktion kritischer SchülerInnen (aks) und der Verband Sozialistischer StudentInnen (VSSTÖ) unterstützen die jüngsten friedlichen Studierendenproteste. „Die Universitäten sollten eigentlich für möglichst viele Menschen ein möglichst hohes und breites Bildungsangebot darstellen. Stattdessen haben die Studierenden es tagtäglich mit miesen Studienbedingungen, einem katastrophalen Betreuungsverhältnis und einem verschulerten System zu tun. Gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise wäre es notwendig, in Bildung zu inve-



Liebentritt



unsereuni.at_rob

Zigtausende Studierende erteilten Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen erneut eine klare Absage.

stieren“, so die Vorsitzenden der Jugendorganisationen in einer gemeinsamen Presseerklärung. „Die Studierenden wehren sich gegen die momentane Unipolitik aus gutem Grund: Ein Wissenschaftsminister, der Bildungseliten mit möglichst wenigen Studierenden will, ist fehl am Platz“, kritisiert VSSTÖ-Vorsitzende Sophie Woll-

ner. SJ-Verbandsvorsitzender Wolfgang Moitzi betonte, dass „Bildung für alle frei sein muss“. Und aks-Bundesvorsitzende Iris Schwarzenbacher erinnerte an den Entschließungsantrag des Nationalrats vom Juni, wonach mindestens zwei Prozent des BIP für den tertiären Bildungsbereich ausgegeben werden sollen. ♦

WIEN

1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze



„Es ist mir wichtig, dass wir gerade junge Menschen in ihrer Ausbildung besonders unterstützen“, betonte Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner

bei einem gemeinsamen Besuch mit Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch in der Lehrwerkstätte von Jugend am Werk im 21. Bezirk.

„Deshalb investiert die Stadt Wien in enger Kooperation mit dem AMS Wien gezielt in die Lehrwerkstätten. 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze, also insgesamt 4.500 Plätze stehen im Ausbildungsjahr 2009/2010 dadurch zur Verfügung. Jugendliche brauchen berufliche Perspektiven – und diese können sie nur entwickeln, wenn sie eine gute Ausbildung mit auf den Weg bekommen“, so Brauner. „Wesentlich für mich ist: Wien braucht auch in Zukunft gut ausgebildete junge Menschen – zur Sicherung der wirt-



Votava

Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner besuchte mit Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch die Lehrwerkstätte Wien 21.

schaftlichen Zukunft unserer Stadt“, erklärte Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. „Damit die Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung stimmen, hat Wien erst vor kurzem auch in eine moderne Infrastruktur an den Berufsschulen investiert.“ Die künftigen Lehrlinge können aus mehr als 30 Berufen wählen. Während ihrer Ausbildung erhalten die

Jugendlichen vielfältige Unterstützung. LehrausbildnerInnen kümmern sich ebenso um sie wie SozialpädagogInnen oder LehrerInnen. In der Lehrwerkstätte Wien 21 bekommen derzeit rund 350 Jugendliche eine hochwertige und zukunftsorientierte Berufsausbildung. Betreut werden sie von 29 qualifizierten MitarbeiterInnen. ♦



Nein zum Sozialabbau

Die weltweite Finanzkrise wurde zur weltweiten Wirtschaftskrise und zur weltweiten Krise am Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung darf jetzt nicht zur sozialen Krise führen. Aus Sicht des ÖGB ist die Verhinderung einer sozialen Krise daher die größte Herausforderung der kommenden Monate.

„Schon jetzt sind 400.000 Menschen in Österreich von Armut betroffen, ein Viertel davon sind Kinder – die Ärmsten der Armen darf man nicht im Regen stehen lassen!“

Die Wendung, die die Debatte über die Krisenbewältigung genommen hat, finden wir äußerst bedenklich: Denn während die Finanzakteure offenbar ungestraft davonkommen sollen, werden die Ärmsten der Armen an den Pranger gestellt, Sozialabbau steht im Raum, eine Neidebatte über Sozialleistungen wird angezettelt. Und währenddessen steigen Gewinne und Boni wieder.

Die Menschen haben mit Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Einkommensverlust schon einen sehr großen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet – jetzt ist die Zeit für den Gegenverkehr gekommen, denn die Arbeitslosigkeit wird noch ansteigen und die Armutsgefährdung wird wachsen. Unter Gegenverkehr verstehen wir verschiedene Maßnahmen, um den Anstieg der Armut zu verhindern. Für uns steht fest, dass sich die Politik nach der Rettung der Banken jetzt verstärkt um die Arbeitslosen kümmern muss, unsere sozialen Netze müssen halten. Sozialminister Hundstorfer ist mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung ein sozialpolitischer Meilenstein gelungen, der einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbe-



Für das Pensionsrecht will Foglar ein Gesamtpaket, das die Hacklerregelung, die Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspensionen, die Korridor pension und die Schwerarbeitspension beinhaltet.

kämpfung leisten wird. Darüber hinaus fordert der ÖGB eine bessere Absicherung für Arbeitslose, darunter vorrangig die Finanzierung der Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf mindestens europäisches Durchschnittsniveau (derzeit 64 Prozent) und den Wegfall der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Not-

standshilfe. Schon jetzt sind 400.000 Menschen in Österreich von Armut betroffen, ein Viertel davon sind Kinder – die Ärmsten der Armen darf man nicht im Regen stehen lassen!

Soziale Sicherheit muss es aber auch bei den Pensionen geben, daher fordern wir die Weiterentwicklung des Pensionsrechts. Wir brauchen ein Gesamtpaket, das die Hacklerregelung, die Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspensionen, die Korridor pension und die Schwerarbeitspension beinhaltet. Vom Vorpreschen des Finanzministers bei der Hacklerregelung halten wir wenig, da würde man wieder nur an einem Schraubchen drehen, das Gesamtsystem bliebe weiterhin undurchschaubar und in vielen Punkten ungerecht. Der Finanzminister soll wie vereinbart den Sozialminister Vorschläge erarbeiten lassen und nicht wieder mit dem Pensionsthema Menschen verunsichern. Gerade für junge Menschen muss das Pensionssystem so weiterentwickelt werden, dass sie wieder Vertrauen haben, denn kapitalgedeckte Privatpensionen sind – wie die Finanzkrise sehr deutlich gezeigt hat – das weit weniger sichere System und haben zu schweren Verlusten für die Menschen geführt. ♦

Erich Foglar ist Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ÖGB

TERMINKALENDER

Sonntag, 1. November

Gedenkmarsch

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer gedenkt gemeinsam mit MandatarInnen und VertreterInnen der SPÖ, der SPÖ-Frauen, der Sozialistischen Jugend und der Jungen Generation im Rahmen eines Gedenkmarsches der Opfer des Kampfes gegen Austro- und Nazifaschismus. Treffpunkt ist um 9.00 Uhr vor dem 2. Tor des Zentralfriedhofs. Der Gedenkmarsch führt an den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya vorbei zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus. Die Gedenkrede wird von Bundesminister Rudolf Hundstorfer gehalten. Der Abschluss des Gedenkmarsches erfolgt im Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer.

Beginn Gedenkmarsch: 9.30 Uhr

Hauptkundgebung um 10.00 Uhr.

Zweites Tor am Zentralfriedhof, 1110 Wien

Dienstag, 3. November

Was erwarten wir vom öffentlich-rechtlichen Bildschirm?

Die Österreichische Gesellschaft für Kultur-

politik veranstaltet eine Diskussion über gewünschte Programminhalte des öffentlichen-rechtlichen Fernsehens jenseits von Strukturdebatte und Finanzierungsdebatte. Prominente Diskussionsteilnehmer sind der Schriftsteller Michael Köhlmeier, Filmproduzent Danny Krausz, der Regisseur Peter Patzak, Regisseur, der Jazzmusiker Wolfgang Puschnigg und der Kulturmanager Wolfgang Reiter. Die Diskussion wird von der langjährigen ORF-Journalistin Trautl Brandstaller moderiert.

Beginn: 18 Uhr

Volksbildungshaus Wiener Urania

Dachsaal

Uraniastraße 1, 1010 Wien

Mittwoch, 4. November

Die Ware „Frau“

Die Diskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „femmes globales“ findet in Kooperation mit ega: frauen im zentrum statt. Die Veranstaltungsreihe „femmes globales“ setzt sich zum Ziel, verschiedene frauenspezifische Themen mit internationalen Expertinnen zu diskutieren. Der Handel mit Menschen wurde seit den 90er Jahren zu einem der am meisten Profit bringenden organisierten Verbrechen. Die Hauptleidtragenden des Menschenhandels sind Frauen. Allein in Europa werden jährlich 500.000 Frauen Opfer dieses Verbrechens. Die meisten von ihnen kommen aus armen Verhältnissen und landen, nachdem sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und in der Hoffnung auf ein besseres Leben ihr Schicksal den Menschenhändlern ausliefern, in der Prostitution. Über die Praktiken der Menschenhändler und mögliche Auswege für die betroffenen Frauen diskutieren im Rahmen dieser Veranstaltung zwei Expertinnen: Angela Lue-

ger, Nationalratsabgeordnete und Integrationspolitische Sprecherin der SPÖ und Joana Adesuwa Reiterer vom Verein Exit. Die Diskussion wird von Gabriele Heinisch-Hosek, Ministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst, eröffnet. Informationen und Anmeldung: Tel.: 01/589 80 423 oder elisabeth.gutenbrunner@spw.at

Beginn: 19 Uhr

ega: frauen im zentrum

Windmühlgasse 26,
1060 Wien

Donnerstag, 5. November

Open House: 100 Jahre SPÖ Frauen

Vor nunmehr 100 Jahren, am Parteitag im Herbst 1909, wurde die SPÖ Frauenorganisation in den Statuten der Partei erstmals festgeschrieben. Seither sind die SPÖ-Frauen unermüdlich und mit großem Einsatz in ganz Österreich aktiv. Aus diesem Anlass laden die SPÖ Bundesfrauen zu einem Open House in der Löwelstraße ein. Von 18.00 Uhr bis 18.45 Uhr gibt es einen „Zukunftstalk“ mit der Frauenministerin und Bundesfrauenvorsitzenden Gabriele Heinisch-Hosek, der Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger und Bundeskanzler Werner Faymann. Moderiert wird der Talk von SPÖ Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. Danach ist Zeit für viele Gespräche, Erfrischungen sowie einen Rundgang durch die Ausstellung zum Thema. Information und Anmeldung: frauen@spoe.at oder unter 0810 810 211

Beginn: 17.30 Uhr

SPÖ Bundesgeschäftsstelle

3. Stock (SPÖ Pressedienst)

Löwelstraße 18,
1014 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chef v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a. Alexandra Bärthl, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Pertramer, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Rekord-Investitionen in Schiene

Die Ergebnisse einer aktuellen Studie („Allianz pro Schiene“) im Web zeigen: Österreich nimmt in Europa bei den Schienen-Investitionen einen Spitzenplatz ein. Mit 205 Euro pro Kopf rangiert Österreich nach der Schweiz (284 Euro pro Bürger) an zweiter Stelle im Europa-Vergleich, was die Investitionen der öffentlichen Hand in die

Schienen-Infrastruktur betrifft. Und im Verhältnis zur Straße liegt Österreich bei den Investitionen in die Schieneninfrastruktur (144 Prozent) sogar deutlich vor der Schweiz (115 Prozent) und noch klarer vor Deutschland (77 Prozent). Die Zahlen und Fakten sind auch grafisch gut aufbereitet: www.proschiene.tk.



BLITZLICHTER-SPEZIAL ZUM NATIONALFEIERTAG

Hopi Media



Am Tag der offenen Tür im Kanzleramt begrüßte Bundeskanzler Werner Faymann viele der großen und kleinen Gäste persönlich.

Die Wiener Philharmoniker begeisterten im Linzer Brucknerhaus mit ihrem „Konzert für Österreich“.



picturedesk.com

Präsidenschaftskanzlei



Zahlreiche BesucherInnen nutzten den Tag der offenen Tür in der Hofburg für ein gemeinsames Foto mit Bundespräsident Heinz Fischer und seiner Frau Margit.

Rund 1.200 RekrutInnen aus ganz Österreich wurden am Nationalfeiertag traditionellerweise am Wiener Heldenplatz angelobt.

Hopi Media



Im Pressefoyer nach dem Sonderministerrat erinnerte Werner Faymann an die Zeit von 1945 und betonte wie wichtig es sei, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen.



Hopi Media